

Hauptausgabe

Schweiz am Sonntag
5401 Baden
058/ 200 53 10
www.schweizamsonntag.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 72'984
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003
Abo-Nr.: 272003
Seite: 22
Fläche: 37'247 mm²

UBS spendet im US-Wahlkampf

Die Bank ist die grösste ausländische Geldgeberin – mit klarem Vorteil für eine Partei

SPENDEN VON SCHWEIZER FIRMEN (IN US-DOLLAR)



Name	Total	Demo-kraten	Republi-kaner
UBS	938 000	379 500	558 500
Zurich	311 000	119 000	192 000
Novartis	303 500	154 500	149 000
Credit Suisse	289 000	140 500	148 500
Genentech (Roche)	242 500	125 500	117 000
Ace	159 500	58 000	101 500
Holcim	58 000	19 500	38 500
Syngenta	47 750	9 750	38 000
Nestlé	16 500	7 250	9 250
Swiss Re	11 000	1 000	10 000
ABB	7 500	2 000	5 500

Bei den US-Wahlen im November zählt jede Stimme – und jeder Dollar. KEY

VON BENJAMIN WEINMANN UND ALAN CASSIDY

Nirgends wird so viel Geld für Wahlkämpfe ausgegeben wie in den USA – so auch dieses Jahr. Am 4. November stehen die wegweisenden Parlamentswahlen an, die sogenannten Midterm Elections. Alle 435 Sitze des Repräsentantenhauses sowie ein Drittel des Senats werden neu besetzt. Das Resultat gilt als wichtiger Indikator für die Präsidentschaftswahl 2016.

Schweizer Unternehmen mischen kräftig mit. Die Mitarbeiter ihrer Tochtergesellschaften gehören zu den aktivsten Unterstützern der Kandidaten. Die Datenbank des unabhängigen Center for Responsive Politics zeigt, dass von allen ausländischen Konzernen nur jene aus Grossbritannien mehr spenden als hiesige Firmen. Insgesamt werfen sie in diesem Herbst rund 2,5 Millionen Dollar für den Wahlkampf auf (siehe Tabelle).

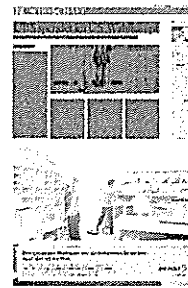
AN DER SPITZE aller ausländischen Unternehmen steht die Grossbank UBS, die in den vergangenen Jahren bittere Kämpfe mit der US-Justiz austragen und hohe Bussen bezahlen musste. Eine knappe Million Dollar sammelten ihre amerikanischen Mitarbeiter für Kandidaten beider Parteien – deutlich mehr als vor zwei Jahren. Mit rund 560 000 Dollar profitieren die Republikaner am stärksten. Die Kandidaten von Präsident Barack Obamas demokratischer Partei erhielten bisher 380 000 Dollar.

Hinter der UBS folgen die Mitarbeiter der Zurich mit 311 000 Dollar, der Novartis mit 300 000 Dollar und Genentech, die US-Tochter des Basler Pharmakonzerns Roche, mit 240 000 Dollar. Zurückgegangen ist das finanzielle Engagement der Angestellten der zweiten Schweizer Grossbank, der Credit Suisse. Spendete ihr US-Personal 2012 500 000 Dollar, so sind es dieses Jahr ganze 290 000 Dollar – womöglich eine Folge

der Rekordbusse von 2,6 Milliarden Dollar, zu der die Credit Suisse im Mai verdonnert wurde.

Alle Schweizer Konzerne betonen, bei den Beträgen handle es sich um Einzelspenden der Mitarbeitenden, die nicht zwangsläufig die politische Haltung des Unternehmens spiegelten. Ein Novartis-Sprecher räumt aber ein, dass es darum gehe, politische Kandidaten mit Spenden zu unterstützen, «welche die Probleme und Anliegen von Novartis und der pharmazeutischen Industrie verstehen». Das könnten sowohl republikanische als auch demokratische Kandidaten sein.

LAUT MARTIN NAVILLE, Chef der schweizerisch-amerikanischen Handelskammer, gehören Spenden von Mitarbeitenden zur politischen Kultur der USA. «Eine institutionelle Meinung der Unternehmen lässt sich aus den Spenden



Hauptausgabe

Schweiz am Sonntag
5401 Baden
058/ 200 53 10
www.schweizamsonntag.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 72'984
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 272.003
Abo-Nr.: 272003
Seite: 22
Fläche: 37'247 mm²

nicht ableiten. Kein Unternehmen würde es wagen, gezielt eine politische Partei zu unterstützen.» Dass gerade Schweizer Firmen über ihre Mitarbeiter die US-Politiker besonders stark umwerben, ist kein Zufall. Mit 218 Milliarden Dollar im Jahr 2012 ist die Schweiz die sechstgrösste Direktinvestorin in den USA. Zudem beschäftigen Schweizer Firmen 400 000 Angestellte in den USA.

Den Einzug ins Repräsentantenhaus dürfte im Herbst auch Donald Beyer schaffen, der ehemalige US-Botschafter in Bern. Der Demokrat bewirbt sich für einen Sitz des Bundesstaates Virginia und hat bis Mitte August bereits beachtliche 1,8 Millionen Dollar gesammelt.